ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

Nr. 3
März 2014

Guten Tag!

ein gutes neues Jahr wünscht ihnen die DKP, auch wenn die ersten Wochen schon vorbei sind.

Die kapitalistische Krise verschärft sich weiter, und die Auswirkungen davon reichen bis vor unsere Haustüren. Die Arbeitslosigkeit wächst auch im Odenwald, Normalarbeitsplätze verschwinden und werden durch schlechter bezahlte Leiharbeit ersetzt. Viele fürchten um ihren Arbeitsplatz.

Über 9500 Beschäftigte im Kreisgebiet arbeiten für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro, im Durchschnitt sogar für weniger als 6,00 Euro. Die Kinderarmut steigt und immer mehr Menschen sind auf die Versorgung durch die Tafeln angewiesen.

Die Regierung und die ihnen hörigen Medien heucheln Normalität und Optimismus.

Wir meinen, dass dieses System nicht mehr in der Lage ist, die Probleme zum Wohl der Menschen zu lösen. Es geht einzig um die Profitmaximierung von Banken und Konzernen. Wir zahlen täglich

dafür. Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und mischen uns ein. Machen Sie mit, denken sie um und fragen Sie nach!

Ihre DKP im Odenwald

Aufgepasst!

Für die hoch verschuldeten Kommunen im Odenwald hat sich offenbar eine neue Geldquelle aufgetan um die Stadtsäckel zu füllen. Ob in Beerfelden, Erbach, Bad König, Brombachtal, Höchst, Fränkisch-Crumbach oder Brensbach, überall schießen die stationären Blitzersäulen wie Pilze aus dem Fahrbahnrand. Betreiber dieser Geldmaschinen ist die Firma German-Radar GmbH aus dem Dorf Crinitz in Brandenburg.

Diese Firma und die Kommunen bilden eine so genannte PPP (öffentlich-private Partnerschaft) und verdienen sich an der fragwürdigen und flächendeckenden Überwachung und Gängelung ihrer Bürger eine goldene Nase. So konnte etwa die Stadt Beerfelden schon im ersten Halbjahr mithilfe ihrer beiden Blitzer in Gammelsbach und Hetzbach 272.000 Euro erwirtschaften.

Wieder einmal bittet man den unter Zeitdruck stehenden LKW-Fahrer, die Hausfrau mit ihren quengelnden Kindern im Auto oder den gehetzten Kundendienstmonteur zur Kasse. Es trifft hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung und ihre Familien denen man das knapper werdende Geld aus der Tasche zieht.

Nicht etwa Unfallschwerpunkte sind die Aufstellungsorte dieser Apparaturen sondern Plätze mit hoher Trefferquote. Nicht, dass wir der Raserei das Wort reden wollen, aber diese Abzocke ist zu dreist.

Mal gespannt, wann die ersten Angebote kommen um mit Satelliten gestützten Systemen und Beobachtungsdrohnen Parksünder ausfindig zu machen.

EUROPAWAHLEN 25. Mai 2014

Ich kandidiere für die DKP weil...

...es Erstens gut tut, die DKP wieder einmal bundesweit auf einem Stimmzettel zu finden. Zweitens weil wir mit unseren ureigenen Positionen in einen Wahlkampf eingreifen und uns auch als eine wählbare Alternative präsentieren können.

Wahlen sind kein Selbstzweck, zumal zu einem EU-Parlament ohne wirklichen Einfluss und einem überdimensionierten Ministerialapparat. Jeder Wahlkampf muss daher auch die Entwicklung außerparlamentarischer Bewegung zum Ziel haben. Es stehen im nächsten Jahr einige Tarifrunden an. Es ist notwendig, diese Verteilungskämpfe aktiv zu unterstützen und Position zu beziehen gegen die immer noch weit verbreiteten „Wir bezahlen für die Griechen“-Stimmungen.

Es wird im EU-Wahlkampf unsere Aufgabe sein deutlich zu machen, dass eine Perspektive für Europa und für die Mehrheit der Bevölkerung nur der grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen sein kann.

Die EU sollte der konkurrenzfähigste Wirtschaftsraum der Welt werden. Die Agenda 2010 und der damit faktisch eingeführte Niedriglohnsektor durch eine rot-grüne Bundesregierung ermöglicht

vor allem dem deutschen Kapital die Krisenfolgen abzuwälzen und seine Dominanz weiter zu stärken. Während die deutsche Exportwirtschaft boomt werden in Europa Millionen Menschen ins Elend gestürzt. Die Überschüsse werden dann zum großen Teil weiter verliehen und treiben die Schulden von Staaten und Privathaushalten weiter hoch.

Den Menschen in Europa wurde in den letzten 20 Jahren vieles versprochen - Frieden und Völkerfreundschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand. Doch Arbeitslosigkeit, Privatisierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bestimmen heute das Bild und haben überall für eine steigenden EU- Skepsis gesorgt. Geblieben ist eine EU unter deutscher Führung mit angeschlossenen Protektoraten.

Die EU-Finanzpolitik stellt einen Generalangriff auf die internationale Arbeiterbewegung dar. Widerstand gegen die EU der Banken und Konzerne bedeutet deshalb sich dieser Entwicklung deutlich entgegenzustellen. Es wird also in diesem Wahlkampf für uns darauf ankommen nicht auf eine Reform europäischer Institutionen zu orientieren, sondern der sich weiter verbreitenden EU-Skepsis eine linke, marxistische Stimme zu geben.

Rainer Keil

Wussten Sie, dass...

...in keinem großen Industriestaat Vermögen so gering besteuert werden wie in Deutschland (Süddeutsche Zeitung 21.12.13) und die große Koalition das auf keinen Fall ändern wird.

…Top-Manager von VW 170 mal so viel "verdienten" wie die Beschäftigten des Unternehmens im Durchschnitt. Top Manager der Deutschen Post "verdienten" 92 mal so viel. Bei Daimler hatten sie 70 mal so viel. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2011, neuere Zahlen liegen nicht vor, sind aber wohl keineswegs schlechter für die Herren Manager. (Meldung der dpa vom 5.11.2013 nach Angaben einer Untersuchung der Hans Böckler Stiftung)

Kommunalpolitik nach Gutsherrenart
von Schenken und Schelmen

Im Erbacher Schloss werden derzeit in einer Sonderausstellung die Schenken von Erbach gefeiert. Verschwiegen wird, dass ihre Erhebung in den Grafenstand im Jahr 1532 der Dank dafür war, dass sie sich im Bauernkrieg als treue Vasallen des Kurfürsten ausgezeichnet hatten. Erbarmungslos und brutal metzelten sie mit ihren Männern die aufständischen Bauern nieder. Zum Lohn dafür durften sie danach als Grafen den Odenwald beherrschen.

Lange her, doch Politik nach Gutsherrenart erleben wir auch heute täglich neu. Männer, die von uns gewählt wurden, damit sie unsere Interessen wahren, gerecht und fair handeln und dem Wohl der Allgemeinheit dienen, scheinen ihre Wahlämter ganz anders zu verstehen.

Gegen den Landrat liefen und laufen staatsanwaltliche Ermittlungen. Ein Verfahren wegen Strafvereitelung wurde gegen ein Bußgeld eingestellt, ein weiteres Verfahren läuft derzeit.

Der Erbacher Bürgermeister brüstet sich damit, dass eine Vielzahl anonymer Anzeigen gegen ihn gerichtet waren, die allesamt im Sande verlaufen seien. Und eine Erbacher Werbeagentur scheint in den vergangenen Jahren für den Wahlkampf einiger kommunaler Spitzenpolitiker tätig gewesen zu sein. Angeblich erhielt sie nach den gewonnen Wahlen lukrative Aufträge der jeweiligen Kommune oder des Kreises. Was im Klartext bedeuten würde, dass wir Steuerzahler den Wahlkampf der Herrschaften indirekt bezahlen mussten. Zu

beobachten ist auch, in welchen Immobilien besagte Agentur ihre Büros betreibt oder betreiben wird…

Auch die Standorte der vieldiskutierten Windräder scheinen für manchen Politiker zum lukrativen Geschäft zu werden. Interessant wäre es, zu erfahren, in wessen Besitz etwa die für die Anlagen genutzten Flächen am Geisberg auf der Mossauer Höhe aktuell sind und wann sie zuletzt ihren Besitzer wechselten.

Wer verdient hier mit?

Und dann die Vergabe von lukrativen Posten und Pöstchen an parteinahe Seilschaften! Da werden auch kreiseigene Betriebe wie das BAW oder die InA gGmbH vor allem für deren Verwaltungen und leitende Angestellte zur Beschäftigungsgarantie, während die Menschen, für die die Betriebe gedacht waren, zu Lohnverzicht genötigt werden.

Apropos Nötigungen: ein Merkmal solcher Politik nach Gutsherrenart ist die enge Verflechtung mit denen, die das Geld haben. Da gewinnt dann ein Bürgermeister nur deshalb knapp die Wiederwahl, weil ein Odenwälder Unternehmer in großformatigen Zeitungsanzeigen unverhohlen damit droht, bei anderem Wahlausgang möglicherweise Arbeitsplätze abbauen „zu müssen“.

Und investiert wird unser Geld von den Herren auch nur dort, wo es in ihren Augen sinnvoll erscheint, nicht etwa dort, wo es uns nützt. Da sind Straßen wie am Kellereiberg in Michelstadt von Radfahrern wegen gewaltiger Schlaglöcher nicht mehr gefahrlos zu befahren, da steht den Menschen noch immer kein Hallenbad zur Verfügung, da sollen innerstädtische Buslinien gestrichen werden, aber im ehemaligen Erbacher Brauhaus entsteht ein mondäner Kindergarten, der allein schon durch seine gewaltige Raumhöhe unermessliche Heizkosten verursachen dürfte und der ursprünglich einmal im Alleingang des Bügermeisters an den demokratisch gewählten Gremien vorbei in Auftrag gegeben wurde.

Wir brauchen keine Verehrung der Schenken von Erbach und ihrer aktuellen Nachfolger.

Wir brauchen ehrliche und verantwortungsbewusste Politiker, die zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger arbeiten! Und wir brauchen wachsame Beobachter der Politik, die auch dann mutig einschreiten, wenn das „Odenwälder Echo“ zu alledem wohlwollend schweigt.

Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 2.500 Exemplaren und wird kostenlos verteilt.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Reinhold Fertig, Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Konto-Nr.: 18009340
Stichwort „ODENWALDKURIER“

Kein Geld für marode Straßen,- aber für Prestigeobjekte!

Odenwälder Friedensmarsch

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal! Was damals mit Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie begann, führte zu millionenfachem Leid und Tod. Dem Krieg folgten der Aufbau und die Zerstörung der Weimarer Republik, die faschistische Barbarei mit ihren unvorstellbaren Gräueln und der zweite Weltkrieg mit abermals Millionen Toten und Verwundeten.

Auf deutschem Boden und in Mitteleuropa blieben wir nach der Befreiung von Krieg und Faschismus von weiteren Kriegen verschont. Weltweit aber geht das Morden weiter. Und weltweit, vor allem in den USA und in Deutschland wird an diesen Kriegen und an ihrer Vorbereitung kräftig verdient. Im Jahr 2011 wurden weltweit 1.738 Milliarden US-Dollar für Militär, Rüstung und Kriegsführung ausgegeben. Ein Drittel davon hätte ausgereicht, um weltweit den Hunger nachhaltig zu bekämpfen… 75% der Ausgaben gehen auf das Konto der NATO und der mit ihr kooperierenden Staaten. 13% wurden in Russland und China ausgegeben, 12% von den restlichen Staaten der Erde.

Rüstung tötet nicht erst im Krieg. 1914 – 2014 markieren einen hundertjährigen Krieg der Konzerne gegen uns Bürgerinnen und Bürger, gegen die Menschheit weltweit. 100 Jahre Kriegsgeschäfte, Unterdrückung, Demokratieabbau, Lüge und Betrug.

Wir werden darum auch in diesem Jahr wieder beim Odenwälder Friedensmarsch dabei sein. Und wir fordern Sie auf: Kommen Sie dazu,!

Ostersamstag, 19. April 2014
11 Uhr Auftakt am Erbacher Schloss – Abschlusskundgebung und Friedensfest ab ca. 12:30 auf dem Michelstädter Lindenplatz

Ostersamstag 2013,- die ersten Friedensfreunde sammeln sich vor dem Erbacher Schloß,- am Ende waren über 150 Menschen aus allen Altergruppen und vielen verschiedenen Organisationen mitmarschiert.

Wussten Sie, dass...

...in Deutschland 212 Banker jeweils mehr als eine Million Euro kassieren und die beiden Bosse der Deutschen Bank 2012 zusammen 9,6 Millionen Euro abkassierten.

...internationale Konzerne nicht dort die meisten Steuern zahlen, wo sie den größten Umsatz machen, sondern ihre Gewinne ganz legal dorthin verschieben, wo sie die niedrigsten Steuern zahlen. Geschätzt wird, dass Deutschland dadurch jährlich um einen dreistelligen Milliardenbetrag gebracht wird (Süddeutsche Zeitung 29.11.13)

In eigener Sache

Der ODENWALDKURIER wird von der DKP im Odenwaldkreis erarbeitet. Wir denken kritisch, schreiben offen und lassen uns mit den Lügen und Halbwahrheiten anderer Medien nicht abspeisen.

Wenn Ihnen das gefällt, können Sie diese Arbeit unterstützen: Geben Sie uns Hinweise, wenn im Betrieb oder Ihrer Gemeinde etwas schief läuft. Schreiben Sie Artikel oder Leserbriefe. Kontakt: R. Fertig, Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

Und auch Ihre Spende hilft, den ODENWALDKURIER zu erhalten und auszubauen. Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150, Kto.-Nr. 18009340 Stichwort „ODENWALDKURIER“

„Es ist nötig, an dem neuen Weg zu arbeiten. Dies ist unverhältnismäßig schwer, aber durchaus nicht ohne Hoffnung.“

„»Reine Demokratie«, das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst.“

Wladimir Iljitsch Lenin

Michael Beltz, DKP-Vorsitzender Hessen zum Wahlausgang

Die schwarz-grüne Koalition in Hessen hat deutlich gemacht, dass die bürgerlichen Parteien austauschbar und alle Regierungskoalitionen möglich sind, solange die Interessen des Kapitals gewahrt bleiben, erklärte Michael Beltz, Vorsitzender der DKP Hessen.

Die geplante Einsparung von einer Milliarde Euro werde wieder auf Kosten der arbeitenden Menschen vollzogen: vor allem durch massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst und bei der Beamtenbesoldung. Über den bisherigen Stellenabbau hinaus sollen jährlich 350 Arbeitsplätze gestrichen werden. Hessen wird als einziges Bundesland weiter nicht der Tarifgemeinschaft der Länder angehören. Dass im Wahlprogramm der Grünen noch zu lesen war: „wir werden zu einem fairen Umgang mit den Beschäftigten des Landes zurückkehren,“ schert sie genauso wenig wie ihr Einknicken beim Fluglärm.

Wer sich nach dieser Landtagswahl einen Politikwechsel erhofft haben mag, sieht sich wieder einmal getäuscht. Mit der Keule

„Schuldenbremse“ wird auf allen Ebenen die Kaputtsparpolitik vorangetrieben – sei es von CDU/SPD in Berlin oder von CDU/Grün in Wiesbaden oder auf kommunaler Ebene. Angesichts der dramatischen Verschuldung der Städte ist es eine Verhöhnung, wenn hier von „verlässlichen Rahmenbedingungen für Finanzen“ die Rede ist, um „die Gestaltungsmöglichkeiten von Kreisen, Städten und Kommunen zu erhalten“. Michael Beltz erinnerte an die Hessische Verfassung: „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern...“ (Verfassung des Landes Hessen, Artikel 137/5).

Weder die Bundesregierungen noch die Landesregierungen haben dieses demokratische Postulat jemals ernst genommen. Ihr Handeln ist einzig ausgerichtet an den Interessen der Banken, Großkonzerne und Superreichen. Gerade die zeitgleich ausgehandelten Koalitionen in Berlin und Wiesbaden offenbaren dies in aller Deutlichkeit – und bestätigen, was Karl Marx schrieb: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.“

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen. Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.

Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig. Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen. Aber wir wissen: Er ist das Ende der Verbrechen. Er ist keine Tollheit, sondern das Ende der Tollheit. Er ist nicht das Chaos, sondern die Ordnung.

Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.

Bertold Brecht